

# Heinrich Brüning und die deutsche Nachkriegspolitik

*Von Hans Berger*

Heinrich Brüning, der 1930–1932 das Amt des deutschen Reichskanzlers bekleidete, hat als deutscher Patriot an dem politischen Geschehen der Bundesrepublik Deutschland existentiell, wie wir heute sagen würden, Anteil genommen. Davon legt eine Auswahl seiner Briefe aus den Jahren 1946 bis 1960 Zeugnis ab<sup>1</sup>. Wenn mit diesem Jahr seine umfangreiche Korrespondenz endet, so ist das auf seinen Gesundheitszustand zurückzuführen, besagt aber in keiner Weise, daß sein Interesse an Deutschland erloschen ist. Das ist die Aussage aller derjenigen, die ihn nach diesem Zeitpunkt in den USA besucht haben.

Als der damalige Fraktionsvorsitzende der Reichstagsfraktion der Zentrumsparterie, Brüning, nach dem Scheitern des Kabinetts des Sozialdemokraten Hermann Müller im März 1930 vom Reichspräsidenten von Hindenburg an die Spitze der Reichsregierung berufen wurde und bald ein neuer Regierungsstil offenkundig wurde, da ging durch eine breite Schicht junger politisch interessierter Katholiken und über diese Kreise hinaus viele im deutschen Volk ein Aufatmen. Denn zu sehr war durch die ständigen Regierungskrisen, die eine Politik auf auch nur mittlere Sicht ausschlossen, durch das ständige Parteigezänk und die Parteiintrigen, durch die teilweise in ihrer äußeren Form unwürdigen Verhandlungen im Reichstag, durch wirkliche oder erdichtete Skandale die Autorität der politischen Parteien und des Parlaments erschüttert. In Heinrich Brüning sahen wir damals Jungen einen Staatsmann, der sich primär an den Staatsnotwendigkeiten orientierte, der eine sittliche Vorstellung vom Staat hatte und das Gemeinwohl gegenüber partiellen Interessen durchsetzte und der mit der Einfachheit und Schlichtheit seiner Person den Dienstcharakter seines Handelns für Volk und Staat bis in die Reihen der Nationalsozialisten hinein glaubhaft machte.

Die Zahl der Arbeitslosen, die beim Regierungsantritt Brünings 3 Millionen betragen hatte, stieg bis zum Januar 1932 auf 6,4 Millionen. Die Angriffe von Kommunisten und Nationalsozialisten gegeneinander in blutigen Straßenschlachten und Morden und gemeinsam gegen die Reichsregierung Brüning erweckten in der Anhängerschaft des Reichskanzlers die bange Sorge, ob ihm ausreichend Zeit zur Durchführung seines harten Reformprogramms bleiben und nicht schon bald der rücksichtslose Machtkampf von Kommunisten und Nationalsozialisten das Staatsschiff zum Kentern bringen werde. Damals beabsichtigte ich – Jura-Student in Köln – in der »Kölnischen Volkszeitung« einen Artikel zu veröffentlichen, der vor den Gefahren einer nationalsozialistischen Regierungsübernahme für Volk und Staat warnte und darum die Reichsregierung und die preußische Staatsregierung aufforderte, die Agitationen der radikalen Parteien notfalls mit Gewalt einzuschränken. Ich hatte der Redaktion einen Entwurf eingesandt. Was nun folgte, ist kennzeichnend für die Haltung mittelparteilicher Kreise der damaligen Zeit. Der Innenredakteur dieses Blattes, Josef Hofmann, ein erfahrener Journalist und Politiker, der nach dem Zweiten Weltkrieg die »Aachener Volkszeitung«

<sup>1</sup> Heinrich Brüning: Briefe 1946–1960. Herausgegeben von Claire Nix unter Mitarbeit von Reginald Phelps und George Pettee. Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart 1974. 517 S.

herausgab, lud mich zu einem Gespräch ein. Das Ergebnis war, es sei taktisch unklug, einen solchen Artikel zu veröffentlichen, weil dadurch den Extremen eine viel zu große Bedeutung zuerkannt werde. Der Reichspräsident werde niemals Hitler oder irgendeinen Nationalsozialisten mit der Regierungsführung betrauen und im übrigen werde das die Reichswehr nicht zulassen. Als ich im Mai 1932 Nikolaus Groß, Redakteur der »Westdeutschen Arbeiterzeitung«, deren Mitarbeiter ich war, im Kölner Kettelerhaus, der Zentrale der Katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine Westdeutschlands, aufsuchte, traf dort ein Ferngespräch aus Berlin ein, das für den nächsten Tag die Demission des Kabinetts Brüning ankündigte. Beide waren wir sehr betroffen, aber dann wiederholte Groß dem Sinne nach, was mir ein Jahr vorher Hofmann gesagt hatte. Zur Charakterisierung der Stimmung dieser Zeit, die heute für den Historiker nicht mehr leicht zu erfassen ist, sei hinzugefügt, daß ich kurze Zeit nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wieder ins Kettelerhaus kam und dort den Verbandssekretär der Arbeitervereine, Bernhard Letterhaus, und Nikolaus Groß traf, die beide später im Zusammenhang mit den Ereignissen um den 20. Juli 1944 hingerichtet wurden. Beide äußerten die Meinung, es läge eine sehr schwere Zeit vor uns. Aber in sechs Monaten werde die neue Reichsregierung an den wirtschaftlichen Schwierigkeiten gescheitert und im übrigen außenpolitisch völlig isoliert sein. Der Regierungsauftrag an Hitler sei wohl die einzige Möglichkeit gewesen, den Radikalismus *ad absurdum* zu führen.

Da Brüning ebenso wie Adenauer ihrer Natur nach viel zu politische Menschen waren, um Politik unter dem Gesichtspunkt kurzfristiger Erfolgsrechnung zu betreiben, finden wir Grundzüge ihres politischen Denkens und Handelns den Zeitumständen entsprechend in verschiedenen Epochen wieder. Als ich Brüning auf seine Einladung während einer Reise durch die USA im Februar 1956 in Hartland (Vermont) aufsuchte, führten wir ein bis in die Morgenstunden dauerndes Gespräch, in dem er mir eingehend seine Einstellung zur deutschen Frage darlegte. Die Russen würden eine dominierende Stellung in Europa einnehmen. Die USA hätten es in der Zeit, wo das angesichts des Atomwaffenmonopols möglich gewesen sei, versäumt, die deutsche und darüberhinaus die mitteleuropäische Frage zu lösen. Das sei auch die Auffassung des amerikanischen Generals Spaatz, mit dem er dieses Problem eingehend erörtert habe. Jedes Volk habe seine geschichtliche Aufgabe, die es erfüllen oder verfehlen könne. Daher werde der Historiker in zweihundert Jahren dieses deutsche Volk danach beurteilen, ob Königsberg, Danzig, Breslau und Stettin wieder deutsche Städte geworden seien. Die jetzige deutsche Politik erschöpfe sich zu sehr in materiellen Zielsetzungen und agiere nach außen dogmatisch. Die Finanzpolitik, so meinte er, sei ein Kennzeichen für die Ordnung eines Gemeinwesens und daher bedeutsam. In diesem Zusammenhang äußerte er sich sehr kritisch zur Finanzpolitik Adenauers als Oberbürgermeister von Köln.

Heute beanstandet die Kritik an Brüning, seine Staatskonzeption sei überaltet und der Nationalstaat, zu dem er sich bekenne, sei durch eine fortschrittliche auf übernationale Verbände zielende Entwicklung überholt.

Es ist hier nicht der Ort, auf diesen schwerwiegenden Fragenkomplex — insbesondere die Souveränitätslehre angesichts der heute verheerenden Kriegstechnik —

näher einzugehen. Folgende bisher nicht ausreichend berücksichtigte Gesichtspunkte seien immerhin in die Aussprache eingeführt. Der zu Beginn der sechziger Jahre übernommene soziologische Staatsbegriff, der den Staat funktional auflöst, widerspricht nicht nur dem christlichen Menschenbild, sondern über weite Strecken geschichtlicher Erfahrung. Gleich wie immer man den Staat definieren mag, in seiner geschichtlich gewordenen Gestalt erscheint er als der Repräsentant des Allgemein-Konkreten. Sicherlich ist der Nationalstaat eine geschichtlich gewordene Form, dessen Entwicklung in Frankreich, England oder Spanien im Mittelalter und in Italien und Deutschland erst im neunzehnten Jahrhundert einsetzte. Ob dieser Prozeß nunmehr in einen anderen übergeleitet werden muß und zwar aus geschichtlicher Notwendigkeit, bleibe dahingestellt. Sollte selbst das der Fall sein, so würden sich alle übrigen europäischen Staaten als geschlossene Nationalstaaten einem europäischen Föderativstaat eingliedern, das deutsche Volk aber nur als Teilstaat. Es sollte nicht übersehen werden, daß der Marxismus von einem soziologischen Staatsverständnis ausgeht, daß aber die politische Praxis kommunistischer Staaten davon grundverschieden ist. Trotz kommunistischer Staatsstruktur setzt die Sowjetunion ihre Russifizierungspolitik gegenüber den anderen Völkern mit unvermindertem Druck fort. Im Zweiten Weltkrieg appellierte Stalin nicht an kommunistische Ideale, also die theoretisch staatstragenden Prinzipien, sondern verkündete den großen vaterländischen Krieg. Ähnlich ist das Erscheinungsbild bei allen kommunistischen Staaten und nicht etwa nur bei Jugoslawien und Rumänien. So berief sich jüngst bei Arbeiterunruhen der kommunistische Parteichef Polens, Gierek, auf nationale Notwendigkeiten. Der weltpolitisch so entscheidende Gegensatz China-Sowjetunion ist national bedingt. Die in Europa anwachsenden nationalen Autonomiebestrebungen in England, Frankreich und Spanien sowie der blutige Konflikt in Irland legen zumindest die Annahme nahe, daß der nationale Gedanke nach wie vor über prägende Kraft verfügt. Erst recht gilt das im Hinblick auf Afrika und Asien. Ob supranationale Strukturen eine das Nationale zurückdrängende oder gar auflösende Mächtigkeit besitzen, erscheint *rebus sic stantibus* zweifelhaft. Das würde voraussetzen, daß in Ausnahmesituationen der westeuropäische auf Freiheit abgestellte Gesellschaftsbegriff appellationsfähig wäre. Wie wenig übrigens das gerade im Hinblick auf die westeuropäische Integration so häufig aufgerufene christliche Freiheitsverständnis und die im Westen absolut vorherrschende progressiv-emanzipatorische Freiheit sich decken, offenbarten erst jüngst wieder Änderungen in Ehe- und Familienrecht, dem Sexualstrafrecht sowie des strafrechtlichen Schutzes des ungeborenen Lebens in einer Reihe westlicher Staaten, Gebieten, auf denen eine erstaunliche Übereinstimmung sich zwischen progressiv-westlichem und kommunistischem Freiheitsbegriff ergibt. In dem Gespräch mit mir meinte Brüning zur europäischen Föderation, diese müsse allmählich wachsen. Das nationale Problem des deutschen Volkes werde dadurch nicht gegenstandslos.

Zuletzt noch wirft man Brüning vor, eine Restauration der Hohenzollernmonarchie in den dreißiger Jahren angestrebt zu haben. Historisch ist dieser Vorwurf unbegründet. Denn das deutsche Volk litt in der Epoche der Weimarer Republik an dem Fehlen eines eindrucksvollen Symbols seiner nationalen Einheit. Wie kein anderer hatte das Hitler erkannt. Wenn Brüning dem unter Zustimmung

auch der sozialdemokratischen Arbeiterschaft die Monarchie entgegensetzen wollte, um auf diese Weise, was mir politisch die Hauptsache zu sein scheint, den Rechtsstaat zu sichern, so handelte er situationsgerecht, gleichgültig übrigens, was Wilhelm II. und selbst Hindenburg davon halten mochten.

## II

Die Briefe Heinrich Brünings<sup>2</sup> eignen sich wegen der Unmittelbarkeit, mit der die Probleme angesprochen werden, als politisches Lehrbuch. Sie verraten den konservativen Politiker, der zwar von ethischen Grundlagen und geschichtlichen Erfahrungen ausgeht, jede Ideologisierung der Politik aber, und komme sie selbst aus dem katholischen Bereich, nachdrücklich ablehnt. So heißt es in einem Brief vom 4. November 1948: »Man kann keine konstruktive Politik machen ohne feste Grundsätze, die aus der christlichen Tradition hervorgehen. Allerdings – und ich fürchte, das wird oft übersehen – ist es ebenso unmöglich, vom Standpunkt christlicher Prinzipien aus Richtlinien für die Politik im einzelnen festzulegen. Politik ist zum großen Teile die Gabe, Menschen zu behandeln und im richtigen Augenblick das Richtige zu tun. Dafür sind allerdings Mäßigung und Geduld notwendig und eine Hintansetzung der eigenen Persönlichkeit hinter den Zielen. Das sind Charaktereigenschaften, die sich sicherlich mehr bei gläubigen Christen finden als bei anderen.« (479)<sup>3</sup> In einem Brief vom 8. Februar 1947 werden so recht die Grundlagen einer konservativen Politik dargelegt, wenn er den Politiker auffordert, so zu arbeiten, als ob er sein eigener Erbe sei. Dem einzelnen sei es nur vergönnt, einen kleinen Schritt vorwärts zur Verwirklichung der Ideale zu machen, und mahnend heißt es: »Sobald man anfängt zu glauben, daß man alles in einer Generation schaffen könnte und womöglich durch eine einzige Persönlichkeit, so beginnt schon im Keime das totalitäre Denken.« (491) Scharf wieder wendet sich Brüning gegen die, wie er sie nennt, »Restaurations-Konservativen«, die im neunzehnten Jahrhundert hinter die französische Revolution zurückgehen wollten und die in den dreißiger Jahren aus der von ihm ohne Verfassungsverletzung und ohne Verfassungsänderung durchgeführten Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen Staatsoberhaupt und Parlament die Doktrin des Präsidialkabinetts entwickelten, wohl eine Anspielung auf Carl Schmitt. Allerdings wird Brünings Auffassung der Aufgabe des Staatsrechts, politische Tatbestände juristisch einzuordnen, nicht gerecht. Beanstandet werden kann allenfalls die Art und Weise, in der das erfolgt.

Man dürfe von der Politik nicht zu viel erwarten, legt Brüning dar. Das täten nur die Deutschen. Wie einen Faden durchzieht den Briefwechsel das Problem von christlichem Glauben und Politik, sei es direkt oder nur angedeutet. Nach Brüning gibt es vom prinzipiellen Standpunkt aus eine katholische Politik zum Beispiel in Ehe-, Schul- und sozialen Fragen, aber in diesem Sinne wieder nicht bei Währungs- und Steuerfragen. Vielleicht kommt das Grundsatzproblem in einem Brief vom 22. März 1948 am klarsten zum Ausdruck. »Es gibt keine Politik und hat es nie

<sup>2</sup> Der vorliegende Aufsatz kann sich mit der Editions-methode nicht auseinandersetzen. Vgl. dazu Rudolf Morsey, Zur Problematik einer zeitgeschichtlichen Briefedition. In: »Historische Zeitschrift« – Band 221 – (1975), S. 69–95.

<sup>3</sup> Seitenangaben im Text beziehen sich auf die Briefedition.

gegeben, die die höchsten sittlichen und religiösen Ideale wie in der Bergpredigt verwirklichen kann. Diese Ideale in ihrer letzten Folgerichtigkeit verneinen die Politik als solche, wie mir scheinen will, denn das Reich Gottes kann nicht mit den Mitteln der Politik in seiner Unbedingtheit verwirklicht werden. Aber eine Politik, die die Bergpredigt nicht als ein Ideal ansieht, dem man täglich zustreben muß, ohne es je zu erreichen, ist in der Tat verderblich und muß zu Zuständen führen in der Welt, wo eine Katastrophe die andere ablöst. In diesem Stadium war die Welt seit langem und ist es heute noch viel mehr. Die Nazis stellen nur eine höchst krasse Phase in dieser Entwicklung dar . . . Ich beginne immer mehr einzusehen, daß der bewußte Bruch mit der religiösen Tradition, der für das öffentliche Leben seit 150 Jahren charakteristisch ist — trotz der Tatsache, daß vorher in der Praxis oft nicht viel davon zu spüren war —, sehr viel verhängnisvoller gewesen ist, als man bisher dachte. Wir sind jetzt am Ende dieses Zeitalters, auch hier, wo man sich in vieler Beziehung festläuft.« (480)

Im Nachkriegsdeutschland strebte Brüning nur die Rolle des politischen Beraters und Mittlers an. Als man ihm im Bundestagswahlkampf 1953 einen sicheren Wahlkreis in Westfalen anbot, lehnte er ab, und als er 1959 davon hörte, man denke daran, ihn als Kandidaten für die Wahl zum Bundespräsidenten aufzustellen, winkte er in Schreiben an Krone und Dehler mit allem Nachdruck ab. Vielleicht offenbart sich hier eine Seite des Politikers Brüning, nämlich die, zu viele Bedenken zu haben, Schwierigkeiten psychologisch zu steigern und damit vor lauter Zögern den geeigneten Zeitpunkt für den Einsatz zu versäumen.

Als sich in Deutschland die Frage nach der Wiederbegründung der alten Zentrumspartei oder der Neugründung einer überkonfessionellen Partei christlichen Grundcharakters erhob, da stellte er sich eindeutig auf die Seite der CDU. Das entsprach der Einstellung, die er bereits in der Weimarer Zeit eingenommen hatte, als er Bestrebungen des christlichen Gewerkschaftsführers Stegerwald auf Schaffung einer nationalen, christlich-sozialen Partei unterstützte, ein Vorhaben, das angesichts des Schwergewichts der bestehenden Parteien in der Weimarer Republik nicht verwirklicht werden sollte.

Mit Recht beklagt Brüning die mangelnde Zusammenarbeit der politischen Parteien in Bonn, vor allem das fehlende Zusammenspiel in der Außenpolitik, in der in der Weimarer Republik eine Zusammenarbeit von den Sozialdemokraten bis zu den gemäßigten Deutschnationalen bestanden habe. Er bewundert den Aufbauwillen des deutschen Volkes und zollt den Gewerkschaften hohes Lob. Im Grundsatz spricht er sich für eine paritätische Mitarbeit der Betriebsräte — nicht der Gewerkschaften — in den Aufsichtsgremien der Gesellschaften aus. Dann heißt es allerdings in einem Schreiben Brünings an den Jesuitenpater Emile Bouvier in Montreal vom 17. März 1955 recht ernüchtert: »Inwieweit solche Lösungen den einzelnen Arbeiter interessieren, ist schwer zu sagen. Nur die Gewerkschaftsführer zeigen ein echtes Interesse. Einige Mitglieder der Zentralverwaltung der Gewerkschaften hier streben danach, die Industrie selbst zu beherrschen; manche von ihnen sind darauf aus, ihre persönliche Macht zu erweitern, und nicht, das Los der Arbeiter zu verbessern.« (385)

Von den Gewerkschaften verlangt er unbedingte parteipolitische und konfessionelle Neutralität. In einem Brief vom 26. November 1954 vertritt er die Auf-

fassung, für die Gründung christlicher Gewerkschaften sei es jetzt wohl zu spät. Er beklagt, daß die früheren christlichen Gewerkschaftler in die staatlichen Stellen strebten, obwohl in den Gewerkschaften die zukunftssträchtigen Entscheidungen getroffen würden. Kaiser hätte daher Gewerkschaftsführer werden sollen.

Verschiedentlich klingt in diesem Zusammenhang seine Sorge über die Gegensätze, die zwischen den Führern der katholischen Arbeitervereine, Prälaten Schmitt und Gockeln, sowie Kaiser und den Sozialausschüssen der CDU bestanden, an. Als Berater von Prälaten Schmitt habe ich an mehreren dieser Unterhaltungen mit Kaiser teilgenommen. Im Grundsatz ging es darum, daß damals die katholischen Arbeitervereine ihr Recht auf Eigenständigkeit verfochten, weil sie befürchteten, durch die von Kaiser vorgeschlagene Art der Zusammenarbeit auf die Dauer sich aus einer katholischen Standesbewegung in ein Anhängsel einer politischen Interessenvertretung zu verwandeln. Als die katholischen Arbeitervereine ihren tradierten Kurs verließen, sollte die von Prälat Schmitt und Gockeln befürchtete Entwicklung eintreten.

Es fällt auf, wie abseits jeder Ideologie Brüning das politische Geschehen sittlichen Maßstäben unterwirft. Als ihm Adenauer eine Reichskanzlerpension anbietet, lehnt er trotz seiner äußerst bedrängten wirtschaftlichen Lage ab. Hat er zuerst den deutschen Aufbauwillen nach dem Zweiten Weltkrieg bewundert, so kritisiert er alsbald, die Menschen wollten zu schnell reich werden. Da schreibt er am 30. Dezember 1949 an Helene Weber: »Ich muß Ihnen sagen, daß ich geradezu entsetzt bin über die hohen Diäten und Spesen, die sich der Bundestag gleich bewilligt hat . . . Man hat die Beamtengehälter auf den Stand von 1927 erhöht, während die Arbeiterlöhne noch weit dahinter zurück sind und rund 25 Prozent der Bevölkerung von der Wohlfahrt leben.« (210) Am 19. Juni 1952 betont er, der überwiegende Teil der Bonner Politiker sei sehr anständig und voll Pflichtgefühl und arbeite in den Kommissionssitzungen ausgezeichnet, um alsdann kritisch anzufügen: »Das neue System geht von der zynischen Auffassung aus, daß man die Abgeordneten mittelbar und unmittelbar finanziell so gut stellen muß, daß sie selbst und ihre Frauen sich einen Lebensstandard angewöhnen können, den wenigstens die Frauen nie wieder aufgeben wollen.« (311)

### III

Geschichtlich aufschlußreich ist dieser Briefband auch insofern, als er Aussagen über das Verhältnis der in ihren Grundeinstellungen so grundverschiedenen Politiker wie Brüning und Adenauer enthält<sup>4</sup>. Beide hatten sich bereits in der Weimarer Republik als Politiker des Zentrums kennengelernt, ohne einen engeren Kontakt zu finden. Im Gegenteil war von den dreißiger Jahren an das Verhältnis beider zueinander kritisch. Nach dem Zweiten Weltkrieg trafen sich beide nur zweimal im August 1948 und Juni 1950. Versuche über Mittelsmänner, weitere Unterhaltungen zustande zu bringen, scheiterten.

<sup>4</sup> Vgl. dazu die gründliche Studie von Rudolf Morsey, Brüning und Adenauer. Zwei deutsche Staatsmänner. Düsseldorf 1972.

Für Adenauer stand die Sicherheitsfrage beherrschend im Vordergrund seiner Politik<sup>6</sup>, während nationale Fragen demgegenüber eine untergeordnete Bedeutung hatten. Wie stark die Sicherheitsfrage sein Denken bis zu seinem Tod beschäftigte, sollte ich bei meinem letzten Gespräch mit ihm im März 1967 erfahren, als er mir als Folge einer verfehlten, weil zu nachgiebigen westlichen Politik und ebenfalls aus Enttäuschung über de Gaulle voraussagte, die Russen würden bis zum Rhein vordringen, um von dort entgegen der Annahme de Gaulles zum Atlantik zu gelangen. Übrigens, so fügte Adenauer für mich überraschend hinzu, de Gaulle betrachte die Atomwaffe nicht nur als Schutzwaffe gegen Rußland, sondern unter Umständen auch gegen Deutschland.

Aus Brünings Geschichtsverständnis richtete sich dessen Interesse primär auf die Wiederherstellung des Deutschen Reiches und dies wiederum nicht, ohne die Sicherheitsfrage im Hinblick auf die kommunistische Dynamik zu berücksichtigen. So schreibt er am 12. Dezember 1960: »Ich teile Ihre Überzeugung, daß Kennedy die Gefahren des Kommunismus sehr viel schärfer sieht als Nixon und Eisenhower. Ich hatte immer den Eindruck, daß Eisenhower sehr klar die von kommunistischen Ländern drohenden militärischen Gefahren sah, aber nicht in vollem Umfange die Gefahren, die sich aus der Unterwühlung der ganzen Welt ergaben.« (473) Zunächst jedenfalls nach dem Zusammenbruch des Jahres 1945 sieht Brüning in Adenauer die geeignete Persönlichkeit, die politische Führung zu übernehmen. Er läßt ihm Informationen zukommen. Vorher hat er schon den USA-Behörden Adenauer neben Pünder und Dietrich als Persönlichkeiten vorgeschlagen, auf die er empfiehlt, zurückzugreifen. In einem ausführlichen Brief an Helene Weber vom 27. November bis 3. Dezember 1948 bemerkt er, Adenauer sei ebenso wie Kaiser sehr gewachsen. In dieser Zeit dachte der damalige Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Karl Arnold, daran, Kanzler einer großen Koalition Westdeutschlands zu werden. Dazu Brüning: »Aber ich muß sagen, daß er den Vergleich mit Adenauer nicht bestehen kann.« (162) Am 1. Dezember 1948 wendet er sich brieflich an Adenauer. Dann klingt in einem Brief Brünings an Adenauers Vertrauten, den Bankier Robert Pferdenges, vorsichtig und verhüllt Kritik an, indem er vor einer dogmatischen und statischen Außenpolitik warnt. »Unser Land hat stets nur verloren bei einer Politik, die dogmatisch zum Bündnis mit einer Macht oder Mächtegruppe führte. Dies würde heute besonders gelten. Früher oder später braucht die Welt ein befriedetes, wirtschaftlich gesundes Deutschland.« (184) Brüning lebt in stetiger Sorge um den Bestand des Deutschen Reiches, weil er fest davon überzeugt ist, daß ein Volk, das seine Tradition aufgibt, damit seine Individualität verliert. Für George Kennan, der später durch seine Entspannungspläne bekannt werden sollte, fertigt er ein Memorandum mit dem Petikum, die Vereinigten Staaten sollten bei Verhandlungen mit den Russen verlangen, für alle Deutschen, die aus den deutschen Ostgebieten ausgewiesen und jetzt vorläufig in den westlichen Besatzungszonen angesiedelt wurden, das Recht anzuerkennen, bei allen Abstimmungen in der östlichen Besatzungszone mitgezählt zu werden. In einem Memorandum Brünings für Pünder und Adenauer vom Mai 1949 empfiehlt er, sich nach keiner Seite hin festzulegen, aber doch klare Konzeptionen für die Zu-

<sup>6</sup> Konrad Repgen, »Finis Germaniae«. In: »Die politische Meinung« Juli/August 1976 (Heft 167), S. 19–32.

kunft zu haben. Bei Verhandlungen mit dem Osten solle man den Westen loyal auf dem laufenden halten. Die japanische Politik wird als Vorbild für die deutsche herausgestellt. Deutschland müsse anstreben, das Gebiet von 1933 vorläufig unter Ausschluß der Saar zurückzugewinnen.

Zur Wahl Adenauers zum Bundeskanzler gratuliert Brüning. Nur Adenauer, so stellt er fest, kann die Rolle des Kanzlers spielen. Und so fügt er hinzu: »Das sage ich, obwohl er nicht mein persönlicher Freund ist.« (198) Verschiedentlich wiederholt er diese Auffassung. So schreibt er dem Verbandspräses der Katholischen Arbeiterbewegung, Hermann Josef Schmitt, in Köln: »Ich hatte schon bei meinem Besuch im vorigen Jahr den festen Eindruck, daß er für die jetzige Lage der einzig geeignete Mann ist. Das bedeutet nicht, daß man alles, was er redet und tut, zu bejahen braucht.« (207) Als sich der Wunsch der Westalliierten nach deutschen Truppen abzeichnet, rät er zu äußerst behutsamem Vorgehen. Er ist unglücklich darüber, daß Adenauer von sich diese Frage angeschnitten hat. Andererseits lobt er ihn wegen seiner Zurückhaltung gegenüber dem Europarat. »Man muß sich zu allem bitten lassen und sich nicht dazu drängen.« (221) An Heinrich Vockel, den Beauftragten der Bundesregierung in Berlin, schreibt er am 28. März 1950 schon kritischer, er wisse, daß eine Umgehung der Person Adenauers eine gute Sache zum Scheitern bringe. Darum habe er, Brüning, sich nach Bildung der Bonner Regierung von jeder Einflußnahme zurückgezogen. Die sofortige und zu enge Zusammenarbeit mit Frankreich habe Rußland alle Karten in die Hände gespielt. Dennoch schreibt er am 15. Mai 1950 an Pferdenges: »Ich freue mich, daß Adenauer so elastisch bleibt, körperlich und politisch. Wir kommen ja wieder einen Schritt weiter.« (227)

Als die Bundesrepublik Deutschland dem Europarat beigetreten ist, hält Brüning diesen Schritt für verfehlt, weil vorher nicht Frankreich seinen Beistandspakt mit Rußland, durch den es *de facto* die Oder-Neiße-Grenze anerkenne, gekündigt hat. Er wendet sich gegen den Schuman-Plan. Auf der anderen Seite erkennt er ebenso wie Adenauer die von der Sowjetunion drohende Gefahr. In einem Brief vom 23. Juni 1950 schreibt er in sehr nüchterner Beurteilung der politischen Großwetterlage — und wie sich zwei Jahrzehnte später herausstellen sollte — zutreffend: »Endlich hat die westliche Welt dem russischen Koloß keinen Glauben entgegenzustellen. Nur ein totalitäres Gebilde kann ohne religiöse und sittliche feste Prinzipien seine Macht erhalten oder ausbreiten — nicht aber die Demokratien. Das scheint man auch in Europa nicht klar zu sehen. Wir stehen eben in einer Weltrevolution ohnegleichen. Wir müssen uns daher in Demut vor dem Lenker der Geschichte neigen. Der einzelne kann nicht mehr viel ändern. Ohne einen Krieg wird der deutsche Osten unter der Herrschaft der Russen bleiben. Einen Krieg — in alter Art — wird aber Stalin zu vermeiden suchen. Er wird überall ›Feuerchen‹ anzünden, vor allem in Syrien und Palästina, sowie im ganzen südlichen Asien, um die Alliierten zu zwingen, dorthin ihre zur Verfügung stehenden Truppen zu schicken. Auch das scheint man nicht einmal in der vollen Bedeutung in Washington zu sehen, mit Ausnahme der Militärs.« (229) Brüning reflektiert den Gedanken einer von Adenauer *a limine* abgelehnten Neutralisierung, meint dann allerdings, käme es zum Kriege, so werde Deutschland auf alle Fälle überrannt werden. Immer noch hält er Adenauer für unersetzlich für Deutschland. Als einzigen möglichen

Nachfolger, »wenn es wirklich nicht mehr mit dem anderen Herren gehen sollte« (231), sieht er den bayrischen Ministerpräsidenten Ehard. Von Karl Arnold, der in dieser Zeit in Opposition zu Adenauer steht, erklärt er, dieser sei zwar ganz gut an seiner gegenwärtigen Stelle als Ministerpräsident, und fügt mit einem Seufzer hinzu: »Wenn unsere Politiker endlich lernen würden, sich selbst und ihre Fähigkeiten nüchtern einzuschätzen.« (234) Am 10. Oktober 1950 führt er aus, die bedingungslose Annahme des Schuman-Plans, den Adenauer als Beginn der von ihm leidenschaftlich angestrebten westeuropäischen Integration sieht, sei ein großer Fehler gewesen. Bei richtig geführten Verhandlungen hätte man mehr erreichen können. »Jetzt wird es aber langsam tödlich ernst; wenn es so weitergeht, werden wir auf eine Generation festgelegt, vielleicht länger, und eine Wiedervereinigung mit unserm Osten kommt nicht mehr zustande, die vom Quai d'Orsay unter allen Umständen verhindert werden soll.« (239) Die französischen Bündnisse mit Rußland, Polen und der Tschechoslowakei sicherten direkt oder indirekt den Verlust Schlesiens und Ostpreußens. Der Direktor der französischen Propagandastelle in Washington sei noch im Frühjahr 1950 durch die USA mit der These gereist, selbst die Rückkehr der russischen Besatzungszone zu Deutschland wäre ein Unglück für die Welt. »Aber alles das will der Herr in Rhöndorf nicht wissen.« (237)

Er erwägt, wer wohl Außenminister werde, mit dem er als Privatmann zusammenarbeiten könne. Es sollte ein Protestant sein. Arnold komme weder als Kanzler noch als Außenminister in Betracht. Er denkt an Bundesinnenminister Robert Lehr. An den damaligen Staatssekretär Franz Thedieck schreibt er unter dem 22. Dezember 1950: »Die japanische Regierung hat geradezu klassisch auf der von mir für Deutschland vorgeschlagenen Linie gehandelt.« (250) Am 9. Januar 1951 rät Brüning dem Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, der Kanzler müsse sich unbedingt in die Verhandlungen der Westalliierten mit Rußland über die Ostzone einschalten, weil Westeuropa unter französischem Einfluß bereit sei, eine dauernde Trennung von Ost- und Westdeutschland hinzunehmen, wenn dadurch ein vorzeitiger Kriegeausbruch verhindert werden könne. Auch die gegensätzlichen Positionen Brüning-Adenauer in der Frage der westeuropäischen Integration ergeben sich aus einer unterschiedlichen Wertung der nationalen Komponente. »Natürlich«, so schreibt er am 9. Januar 1951 an den ehemaligen Staatssekretär in der Reichskanzlei, Hermann Pünder, »ist der Gedanke einer engeren Verbindung der europäischen Staaten ein guter, aber er kann nur Schritt für Schritt für ganz bestimmte Zwecke verwirklicht werden.« (256) Frankreich würde den ganzen Plan anders werten, wenn es noch ein Deutsches Reich gäbe. Unmutig wendet er sich gegen diejenigen Mitglieder der deutschen Delegation beim Europarat, die geradezu darauf drängen, mehr oder minder die Souveränität Westdeutschlands aufzugeben. Deutschland solle eine engere Verbindung der europäischen Staaten nicht ablehnen, aber klarmachen, daß diese nur nach Wiedergewinnung von Ostdeutschland möglich sei. 1951 ist Brüning für die Hinausschiebung einer deutschen Wiederaufrüstung um ein Jahr und dann auch eher für die Aufstellung einer Polizeitruppe. Als François-Poncet Adenauer offiziell mitteilt, Frankreich werde niemals die Oder-Neiße-Linie anerkennen, hält er das für einen ungeheuren Fortschritt in den Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich. Doch kurze Zeit danach erwacht in Brüning wieder die Furcht vor einer französisch-russischen

Verständigung auf der Grundlage einer dauernden Aufteilung Deutschlands und das noch westlich der Oder-Neiße-Linie. Deshalb ist er gegen langfristige politische Verträge, die die deutsche Außenpolitik fesseln. Angesichts der internationalen Gesamtsituation rät er 1951 zu einer Hinausschiebung des Friedensvertrags auf drei bis vier Jahre in der Hoffnung, daß sich bis dahin die Lage ändere.

Auch die viel diskutierte sowjetische Note vom 10. März 1952 findet in Brüning's Briefen Widerhall. Am 15. März 1952 schreibt er an Heinrich Vockel: »Ich will nicht darüber ein endgültiges Urteil fällen, ob die russische Note rein taktischer Art ist. Sicherlich bietet sie die Möglichkeit zu neuen Verhandlungen, die die Lage zum mindesten »auflockern« können.« (297 f.) Nach Adenauers Äußerung am 16. März in Siegen stellt er fest: »Am schlimmsten ist die Äußerung des Kanzlers gleich nach dem Bekanntwerden der russischen Note, daß man gleich an die Ausarbeitung einer Verfassung für die Vereinigten Staaten von Westeuropa gehen müsse.« (299) In der russischen Note war *in nuce* die Lösung des österreichischen Staatsvertrags enthalten, von der mir der damalige Bundeskanzler Dr. Julius Raab in einem Gespräch im Jahr 1955 nach Abschluß des Staatsvertrags erklärte, er sehe die österreichische Sicherheit nicht durch die juristischen Bestimmungen des Staatsvertrags gewährleistet, sondern durch die amerikanische Armee in Bayern.

Die Urteile gegen Adenauer werden härter. Hatte er schon 1950 die Meinung vertreten: »Der rheinische Katholizismus ist immer in Gefahr, das ganze Deutschland zu vergessen« (237), so lautet sein Urteil nunmehr: »Der Mann in Bonn hat ja kein Interesse am Osten trotz allen Getues. In London hat er unter anderem in einer Rede erklärt, man müsse, was die Ostprovinzen angeht, aus Gerechtigkeitsgefühl auch die Ansprüche der Polen in Betracht ziehen.« (291) Daraus erklärt sich dann wohl auch sein Urteil vom 11. Juli 1952, die SPD habe sachlich in der Außenpolitik recht. Schumacher, so meint er kurze Zeit später, übernehme auch aus patriotischen Gründen die Ideologie der DNVP aus den ersten Jahren der Weimarer Republik. Sehr nüchtern erklärt er, die Russen würden keinen Krieg anfangen. Aber sie könnten Polizeiformationen aus der Sowjetzone plötzlich nach Schleswig-Holstein und Dänemark werfen. Das habe der amerikanische General Ridgway erkannt. Dann fast die Entwicklung von Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre vorausnehmend, liest man in einem Brief vom 1. August 1952: »Die Dinge sind so verworren, daß, wenn die Rüstung des antirussischen Blocks den Höhepunkt erreicht hat, gar nichts anders übrigbleibt, als den Russen ein Ultimatum zu stellen, denn die Demokratien können den kalten Krieg nicht länger aushalten.« (314) Im Herbst 1952 erklärt er scharf, er könne kein Wort zur Verteidigung der Bonner Außenpolitik sagen, und zu Beginn des Jahres 1953 spricht er wohl nicht ganz ohne Berechtigung vom »Unsinn des Verfassungsmachens für alle möglichen Zwecke in Europa« (325). Innerlich aber fühlt sich Brüning immer mehr als Fremdling in der Heimat, in der er nie wieder werde feste Wurzeln fassen können. Dann kommt am 2. Juni 1954 der Vortrag Brüning's »Die Vereinigten Staaten und Europa« vor dem Rhein-Ruhr-Klub in Düsseldorf, dem ich beiwohnte<sup>6</sup>. Allgemein hatten wir Zuhörer den Eindruck, daß Brüning's Ausführungen, die sich nur kurz der aktuellen Außenpolitik zuwandten, von hohem sittlichem

<sup>6</sup> Heinrich Brüning, Die Vereinigten Staaten und Europa. Stuttgart 1954.

Verantwortungsbewußtsein getragen waren und eine sachliche Entgegnung verdienten. Brüning warf der Außenpolitik in den Jahren nach 1945 vor, dogmatisch eine einseitige Westbindung gesucht zu haben. »Es ist durchaus verständlich, daß sowohl Frankreich wie die Vereinigten Staaten darauf drängen, daß Westdeutschland in irgendeiner Form von der westlichen Welt abhängig bleibt. Aber niemand wird behaupten wollen, daß dadurch der Friede in Europa und in der Welt mehr gesichert werden kann, als das bisher der Fall ist.«<sup>7</sup> Die Antwort der amtlichen deutschen Außenpolitik auf diesen Vortrag war in der Tat unsachlich und das auch für denjenigen, der von Adenauers These überzeugt war, der Westen müsse zuerst einmal geeinigt und stark werden, um von dieser Position aus die Sowjetunion zur Wiedervereinigung zu zwingen. Heute sind wir belehrt darüber, daß weder die deutsche Bundesregierung Brandt/Scheel das Stehvermögen hatte, eine solche politische Linie fortzusetzen, noch die Westmächte sich innerlich an die Politik der deutschen Wiedervereinigung, die sie feierlich versprochen hatten, gebunden fühlten, wie ihre Reaktion auf die »neue deutsche Ostpolitik« einseitiger deutscher Verzichte beweist. Unter dem Eindruck einer im Grunde fruchtlosen Polemik schrieb Brüning an den Herausgeber der »Deutschen Rundschau«, Rudolf Pechel, sein Vortrag habe unberechtigtes Aufsehen erregt. Hätte der Kanzler geschwiegen, so hätte sich niemand darum gekümmert.

Vom 8. bis zum 13. September 1955 reist Adenauer nach Moskau und bringt von dort die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit nach Bonn. »Adenauer ist in Moskau in die Falle gegangen« (391). In einem Brief an Thomas Dehler vom 5. Februar 1956 präzisiert Brüning die vorstehende Bemerkung dahin, durch den Austausch von Botschaften zwischen Bonn und Moskau sei eine indirekte Anerkennung des *Status quo* erfolgt. Nunmehr können man mit den Russen nicht mehr unter für uns tragbaren Bedingungen über eine Wiedervereinigung verhandeln. In diesem Zusammenhang erinnere ich mich, daß ich als damaliger Leiter der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amts eine längere Unterhaltung mit Bundesaußenminister von Brentano über die juristischen Auswirkungen der Moskauer Vereinbarungen hatte. Brentano sagte mir, er habe sich ernstlich mit dem Gedanken des Rücktritts beschäftigt, eine Entscheidung, zu der sich der im Kern seines Wesens unpolitische Mann dann doch wieder nicht durchringen konnte.

Brüning lobt eine Note der Bundesregierung über die Wiedervereinigung vom 7. September 1956, rät auf der anderen Seite aber immer wieder zur Zurückhaltung Deutschlands in der Frage der Gestaltung Europas. Er weist darauf hin, daß McCloy und Emigrantenorganisationen aus Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei seit Monaten Propaganda für das Verbleiben aller deutschen Gebiete jenseits der Oder-Neiße bei den Satellitenstaaten betreiben und merkt an, daß sich Brentano bei seinem ersten Londoner Besuch dieser Auffassung angepaßt habe, eine Haltung, die bei Brentano sicherlich eher einer augenblicklichen Eingebung als einer zielstrebigem Politik entsprach, war er doch davon überzeugt, politische Probleme letztlich auf »menschlicher Basis« lösen zu können. Ein späteres Dementi ignorieren die Westmächte, wie in solchen Fällen üblich. Brüning bekämpfte Brentanos Konzeption der Befreiung der Satellitenländer. »Realpolitisch geht uns de-

---

<sup>7</sup> A. a. O., S. 13.

ren Schicksal nichts an, solange die Wiedervereinigung der Ost- und Westzonen nicht gesichert ist. Im Gegenteil, unser außenpolitisches Interesse sollte uns klar machen, daß wir uns in die Auseinandersetzung zwischen Rußland und seinen Satelliten nicht einzumischen haben« (423). Im Jahre 1957 sieht Brüning China in den Rang der zweitstärksten Weltmacht aufrücken und setzt auf diese Entwicklung gewisse Hoffnungen für die Wiedervereinigung. Dafür spreche ebenfalls das elementarste strategische Interesse der beiden angelsächsischen Mächte. Bitter fügt er hinzu: »Aber wenn man in Bonn nicht ernsthaft die Wiedervereinigung will, so ist eben vorläufig nichts zu ändern. Wir haben jetzt, praktisch gesprochen, ein Wiederaufleben des ›Rheinbundes‹ ohne einen Napoleon« (432). Adenauer, so meinte er 1958, hätte den Russen gegenüber auf die atomare Bewaffnung des westdeutschen Heeres unter der Voraussetzung verzichten sollen, daß diese zu einem Übereinkommen mit den Westmächten über eine Einstellung der Atomwaffenproduktion kämen.

Den Gemeinsamen Markt und die Montanunion sowie deren Ausgestaltung zu einem europäischen Bundesstaat prüft Brüning primär aus der Sicht der Wiedervereinigung, nicht ohne darauf hinzuweisen, daß in der Zeit der Weimarer Republik handelspolitische Vereinbarungen, für deren Abschluß die Kompetenz nunmehr auf die Brüsseler Kommission übertragen worden ist, politischen Zielsetzungen dienen. Als Hallstein im Januar 1958 das Amt als Präsident der EWG-Kommission antritt, fordert dieser ein europäisches Parlament, das souverän über die politischen Belange der Einzelstaaten entscheidet. Dazu Brüning: »Wie man dann noch hoffen kann auf eine Wiedervereinigung der beiden Zonen, ist mir unverständlich. Denn dann ist jede Initiative Westdeutschlands in bezug auf die Wiedervereinigung praktisch unmöglich, selbst wenn die Russen aus anderen Gründen eines Tages dazu bereit sein sollten.« (449) Hallstein hatte vorher als Staatssekretär des Auswärtigen Amtes korrekt die Weisungen Adenauers durchgeführt. Er war ein Jurist mit hohen intellektuellen Fähigkeiten, aber ohne Verständnis für geschichtliche Vorgänge und damit das Wesen der Politik. Bei ihm nahm die europäische Integration als solche Vorrang ein.

Je mehr die Zeit voranschreitet, umso skeptischer wird Brüning hinsichtlich der Möglichkeit der von ihm ersehnten Wiedervereinigung. In einem Brief vom 9. Juli 1958 an mich schreibt er: »Auch der beste deutsche Kanzler und Außenminister könnte unter den gegenwärtigen Umständen nichts an der Haltung von Moskau gegenüber der Wiedervereinigung ändern.« Er fügt eine interessante strategische Erwägung hinzu: »Natürlich kann man nicht übersehen, daß die Entwicklung der Waffentechnik auch die besten Diplomaten heute zur Sterilität verurteilt. Das haben 1954 und 1955 völlig klar nur Marschall Alphonse Juin und de Gaulle gesehen. Deshalb haben sie sich für eine Wiedervereinigung Deutschlands eingesetzt, natürlich nicht aus Sympathie für Deutschland, sondern aus der kühlen militärischen Überlegung, daß es Westeuropa im Falle eines russischen Angriffs an der ›strategischen Tiefe‹ im Clausewitzschen Sinne fehlte.« (454) Am 10. Juli schreibt er erneut: »Auf alle Fälle ist in absehbarer Zeit an der Lage unseres Vaterlandes nicht viel zu ändern. Es besteht nur die Gefahr, daß die Außenpolitik so festgelegt wird, daß es für ein Jahrzehnt oder länger keinen Ausweg gibt« (455). Brüning konnte damals nicht wissen, daß Adenauer seit 1958 neue Wege in der

Ostpolitik suchte, die allerdings entgegen Brüning von einer festen Verankerung der Bundesrepublik Deutschland im Westblock ausgingen<sup>8</sup>.

1960/1962 entstand der sogenannte Burgfriedensplan, der nach einer Stillhaltefrist von zehn Jahren die Wiedervereinigung aufgrund des Selbstbestimmungsrechts vorsah. Diese Wiedervereinigungspolitik Adenauers sollte scheitern, da, wie Chruschtschow im November 1963 einem Besucher in Kiew erklärte, die Deutschlandkarte die wertvollste in seinem europäischen Spiel sei. Geringschätzig das Selbstbestimmungsrecht der Völker beiseite schiebend, erklärte er seinem Gesprächspartner, er werde die deutsche Karte zu einem von ihm gewählten Zeitpunkt und nur zu seinen Bedingungen ausspielen. Dann aber werde keine deutsche Regierung »nein« sagen können. Damit brachte der damalige Herrscher des Kreml wohl allgemeingültig für die Sowjetunion zum Ausdruck, daß die Deutschlandfrage für sie nichts anders als eine reine Machtfrage darstelle. Ich selbst habe Brüning in der Zeit seiner Lehrtätigkeit in Köln wiederholt gefragt, ob er bei der von ihm postulierten Außenpolitik angesichts der expansiven Tendenzen der Sowjetunion nicht um die Sicherheit Deutschlands fürchte. Damals sagte er mir, die Sowjetunion habe seit 1917 außenpolitisch immer vorsichtig operiert und werde ein nicht in einen westeuropäischen Staatenblock eingegliedertes wiedervereinigtes Deutschland nicht angreifen, weil sie sehr wohl wisse, daß angesichts dessen politischer und wirtschaftlicher Bedeutung für das europäische Gleichgewicht ein militärischer Angriff den dritten Weltkrieg auslösen würde. Sei sie aber einmal entgegen seinen Erwartungen zu einem solchen Schritt entschlossen, dann werde sie die westeuropäische Integration auch nicht an einem Angriff gegen die Bundesrepublik Deutschland hindern.

Brüning und Adenauer haben deutsches Schicksal unter einem verschiedenen Aspekt gesehen: der eine aus deutscher Geschichte und der andere unter einem Blickpunkt, der ihm schon als jungem Politiker eigen war, demjenigen des westeuropäischen Raums. Während sich Brüning auf den Volksgedanken stützte, ging Adenauer von der Gesellschaft aus, die es ihm gedanklich erleichterte, zu neuen staatlichen Konstruktionen einer westeuropäischen Gesellschaft vorzustoßen. Für beide gilt, was Rudolf Morsey in einem Essay »Brüning, ein Staatsmann aus Westfalen« feststellt: »Heinrich Brüning und Konrad Adenauer waren die bedeutendsten Staatsmänner, die Westfalen und das Rheinland seit dem 19. Jahrhundert aufzuweisen haben. Für ihre so unterschiedlichen Persönlichkeiten wie für ihr politisches Werk in den verschiedenen Epochen unserer Zeitgeschichte kann der Satz gelten, den Brüning 1954 einmal über die Tätigkeit anderer deutscher Politiker formuliert hat: Was sie waren, was sie in selbstloser Arbeit leisteten, soll man einer nachfolgenden Generation überliefern.«<sup>9</sup>

---

<sup>8</sup> Rudolf Morsey, Brüning und Adenauer, S. 30 f.; Bruno Bandulet, Adenauer zwischen West und Ost. München 1970. Grundlegend der Aufsatz von Klaus Gotto, Adenauers Deutschland- und Ostpolitik (1954–63). In: Adenauer-Studien III. Mainz 1974.

<sup>9</sup> In: Walter Först (Hrsg.), Zwischen Ruhrkampf und Wiederaufbau (Beiträge zur neuen Landesgeschichte des Rheinlandes und Westfalens, Band 5). Köln 1972, S. 116.